



## Verantwortung für Klima und Artenvielfalt



Foto: Urs Rüttimann

### Pensionskassen, Finanzwirtschaft und Finanzaufsichtsbehörden können Klima- und Biodiversitätsziele in ihr Handeln integrieren.

(ur) Verschiedene öffentliche Dienstleister der Schweiz wollen zur Energiestrategie 2050 und zum Klimaübereinkommen von Paris (2015) beitragen, so beispielsweise die Post, der ETH-Rat, die Flughäfen Genf und Zürich, die SRG und die Swisscom. Unter dem Dach «Vorbild Energie und Klima. Eine Initiative des Bundes» haben sie sich verpflichtet, innovativ und vorbildlich die Energieeffizienz zu fördern. Die Betriebe setzen einerseits 15 vorgegebene gemeinsame Massnahmen in den Bereichen Management, Beschaffung und Betrieb um, andererseits realisieren sie zahlreiche individuelle Massnahmen. Für die erste Phase 2026

bis 2030 liegen Ziele für die Einsparung von Wärme, Strom und Treibstoff vor.

«Der Schweizer Energiemarkt steht vor grossen Herausforderungen. Der Bund ist darauf angewiesen, dass alle relevanten Marktteilnehmer tatkräftig zur Neuorganisation des Energiebereichs beisteuern», sagte Daniel Büchel, BFE-Vizedirektor des Bundesamtes für Energie. Am diesjährigen Jahresanlass konnte die Initiative auf Schweizer Pensionskassen und Akteure des Finanzmarktes ausgeweitet werden. Sie sichern zu, ihre Finanzflüsse auf Netto-Null auszurichten, und setzen sich dazu in den relevanten Anlageklassen messbare Klimaziele. Zudem

werden sie transparent und vergleichbar über ihre Fortschritte berichten. Zu den neu gewonnenen Betrieben gehören die Pensionskasse des Bundes (Publica), die Pensionskasse der SBB und die Suva. Diese verwalten ein Anlagevermögen im Wert von insgesamt 120 Milliarden Franken per Ende 2021.

Eine vergleichbare Ökologisierung der Finanzströme strebt der «Call to Action» von WWF Greening Financial Regulation an. Diese Initiative verweist auf die Bedeutung des Finanzsystems für die Klimaerwärmung und den Biodiversitätsverlust. «Im Rahmen dieser Initiative arbeiten wir mit Zentralbanken, Finanzaufsichts- und Regulierungsbehörden zusammen, um die Notwendigkeit der vollständigen Integration von Klima- und Umwelt Risiken in Mandaten und Operationen zu verdeutlichen», teilt WWF mit. Ihr «Aufruf zur Aktion» wird von mehr als 90 Organisationen und Vordenkern der Finanzbranche mitgetragen wie beispielsweise Uno Environment Programme, European Environmental Bureau, Finance Watch und Ethos.

Insbesondere sollen mit dem «Call to Action» Zentralbanken und Finanzaufsichtsbehörden zum Handeln motiviert werden. Denn Umweltrisiken können die Finanzstabilität und das allgemeine Preisniveau bedrohen. An den diesjährigen Konferenzen der Uno-Vertragsparteien zur biologischen Vielfalt und zum Klimawandel hat der Bundesrat verkündet, dass die Schweiz eine Sustainable-Finance-Vorreiterin werden wolle.